NACHRICHTEN
Österreich

Österreichs Sparpläne: Diese 6,4 Milliarden Euro stehen auf dem Spiel!

ÖVP und FPÖ präsentieren am 16. Januar 2025 das „Stabilitätspaket“: Sparmaßnahmen und Budgetkonsolidierung stehen im Fokus.

Wien, Österreich - Am Donnerstag, dem 18. Januar 2025, stehen bedeutende finanzpolitische Entscheidungen in Österreich an. Die FPÖ und die ÖVP präsentieren im Rahmen eines Livestreams detaillierte Sparpläne, die Teil des sogenannten „Stabilitätspakets“ sind. Dieses Paket beruht im Wesentlichen auf einer strikten Ausgabenbremse und zielt darauf ab, die staatlichen Ausgaben erheblich zu verringern. Grüne Prestigeprojekte sollen geschmälert, die Ministerien schlanker gestaltet und Förderquoten reduziert werden, wie die „Krone“ berichtet.

Die Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP sind bereits seit Mittwoch in vollem Gange, wobei die FPÖ mehrere Parlamentslokale für geschlossene Meetings reserviert hat. Im Zentrum der Diskussion steht die Notwendigkeit einer Budgetkonsolidierung, um ein drohendes Defizitverfahren seitens der EU abzuwenden. Für das Jahr 2025 wird ein massives Konsolidierungspaket in Höhe von 6,4 Milliarden Euro angestrebt. Dieses rigorose Maßnahmenpaket soll unter anderem eine Streichung des Klimabonus sowie eine Verteuerung des Klimatickets umfassen. Darüber hinaus sind radikale Einschnitte bei der Bildungskarenz sowie die Streichung der NoVa-Befreiung für Elektroautos geplant. Auch bei Photovoltaikanlagen könnte die Umsatzsteuerbefreiung entfallen. Erhöht werden dürfte zudem die Tabaksteuer, wie

derStandard berichtet.

Finanzielle Einschnitte und deren Folgen

Die vorgestellten Sparpläne deuten auf einen grundlegenden Wandel in der finanziellen Ausrichtung der Bundesregierung hin. Der FPÖ-Finanzsprecher Hubert Fuchs und ÖVP-Klubobmann August Wöginger stehen im Mittelpunkt dieser entscheidenden Präsentation, die spannende Einblicke in die zukünftige Budgetpolitik gewährt. In der Öffentlichkeit werden hohe Erwartungen an die Details dieser Pläne gerichtet, die weitreichende finanzielle Anpassungen zur Folge haben könnten, um die wirtschaftliche Stabilität des Landes zu sichern.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Schaden in €	6400000000
Quellen	• **www.krone.at** • **www.derstandard.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at